

PRESSEMITTEILUNG #274 – 11. Dezember 2019

Sandra Redmann:

## **Nord- und Ostsee sind eine tickende Zeitbombe**

Zum TOP 19 „Gefährliche Weltkriegsmunition in Nord- und Ostsee bergen“ erklärt die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sandra Redmann:

„Die Gefahr ist riesig: Allein im Rahmen des zweiten Weltkriegs wurden bis zu 1,6 Millionen Tonnen konventionelle und 220.000 Tonnen chemische Kampfmittel aus Wehrmachtsbeständen in Nord- und Ostsee versenkt. Diese Minen und Bomben korrodieren stetig. Die enthaltenen Sprengstoffe werden nach über 70 Jahren im Meerwasser immer instabiler. Es besteht die Gefahr, dass sie bei kleinsten Berührungen explodieren. Fischer in Nord- und Ostsee sind diesem Risiko zunehmend ausgesetzt. Außerdem lagern sich die beständig aus den Sprengstoffen austretenden Chemikalien in Meerestieren, wie in Fischen und Muscheln, ab. Es besteht dringender Handlungsbedarf und wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Deshalb muss der Bund zeitnah seiner Verpflichtung, Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee zu beseitigen, verstärkt nachkommen und finanzielle Mittel für die Bergung der Munitionsreste in deutschen Gewässern bereitstellen.

Wir fordern, dass die notwendigen Sprengungen zum Schutz der Tierwelt nur unter Blasenschleier erfolgen dürfen und der für eine umweltschonende Bergung entwickelte Roboter schnellstmöglich einsatzbereit ist. Zudem müssen Grenzwerte für Schadstoffe, die sich aus der Munition in Fischen und der Meeresumwelt insgesamt anreichern, auf Basis der bereits vorhandenen Untersuchungsergebnisse festgelegt werden. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung dazu auf sich dafür einzusetzen, dass der Beschluss der Umweltministerkonferenz vom 15.11.2019 zurückgenommen wird, nach dem geprüft werden soll, „ob weitere Instrumente zur Finanzierung der Räumung von Munition aus dem Meer, z.B. als Kompensation für Mehraufwand beim Küstenschutz oder als naturschutzrechtliche Kompensation genutzt werden können“. Dass ein solcher Beschluss ausgerechnet von einem grünen Umweltminister mitgetragen wird, zeigt einmal mehr, dass nicht überall grün drin ist wo grün draufsteht!

Unabhängig von den Maßnahmen, die auf Bundesebene zu entscheiden sind, sollte die Landesregierung weitere Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und der Meeresumwelt treffen, die bereits jetzt umgesetzt werden könnten, wie die Aufklärung der Bevölkerung. Um unsere Ziele der kompletten Munitionsbergung zu erreichen, muss die internationale Zusammenarbeit im Nord- und Ostseeraum weiter ausgebaut werden.“